

Melanie Weber

02| Diskussionspapier: Gender, Klimawandel und Klimapolitik



Ein Forschungsprojekt im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunktes



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

SÖF



Sozial-
ökologische
Forschung

KONTAKT



DR. ACHIM BRUNNENGRÄBER (PROJEKTLÉITUNG)

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Malteserstr. 74 – 100
12249 Berlin
Tel.: (030) 83 87 07 08
Fax: (030) 83 87 07 18
priklima@zedat.fu-berlin.de



DR. HEIKE WALK (CO-LEITUNG)

Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft, P2-2
Hardenbergstr. 36 A
10623 Berlin
Tel.: (030) 31 42 58 48
Fax: (030) 31 42 69 17
walk@ztg.tu-berlin.de
www.ztg.tu-berlin.de



DIPL.-ING. OEC. BERND HIRSCHL

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
(iöw) gGmbH
Potsdamer Str. 105
10785 Berlin
Tel.: (030) 88 45 94 26
Fax: (030) 882 54 39
bernd.hirschl@ioew.de
www.ioew.de

Weitere Informationen zum Projekt

www.globalgovernance.de

project@globalgovernance.de

Melanie Weber¹

Gender, Klimawandel und Klimapolitik

Über Fallstricke bei einer integrativen Betrachtung

**Diskussionspapier 01/05 des Projektes
„Global Governance und Klimawandel“**

Berlin, Juli 2005

¹ Der Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Global Governance und Klimawandel. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen, Risiken und Chancen sozial-ökologischer Transformationen“. Das Projekt ist Teil des vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Schwerpunktprogramms sozial-ökologische Forschung (SÖF). Nähere Informationen zum Projekt siehe www.globalgovernance.de und zum Förderschwerpunkt www.sozial-oekologische-forschung.org. Ein erster Entwurf dieses Papiers wurde im Rahmen eines Projekt-Workshops zum Thema „Gender und Klima“ im November 2004 diskutiert. Für die ausführliche Kommentierung bedanke ich mich in diesem Zusammenhang bei Meike Spitzner, Dagmar Vinz, Lisa Ott und Brigitte Young. Ein großer Dank für hilfreiche Anmerkungen gilt außerdem den ProjektmitarbeiterInnen Kristina Dietz, Achim Brunnengräber (beide FU Berlin), Heike Walk (TU Berlin) sowie Bernd Hirschl und Karin Vogelpohl (beide IÖW).

Zusammenfassung

Im vorliegenden Diskussionspapier wird der Frage nachgegangen, wie Genderkonzepte in sozialwissenschaftliche Untersuchungen des globalen Klimawandels integriert werden können. Die Annahme ist dabei, dass es Fallstricke bei der Integration von Geschlechterverhältnissen und Klimaschutz gibt, die eng mit der Verwendung impliziter Genderkategorien verbunden sind. Diese Kategorien müssen aufgedeckt werden, um vor diesem Hintergrund das normative Ziel der Geschlechtergerechtigkeit diskutieren zu können.

Einleitend wird auf internationale Umwelt- und Frauenkonferenzen sowie auf politische bzw. rechtspolitische Maßnahmen und Instrumente in der Gleichstellungspolitik eingegangen. Anschließend wird die Dichotomisierung von Geschlechterkategorien und Rollenzuschreibungen diskutiert. Dies wird am Beispiel der Ressourcennutzung im Entwicklungsländerzusammenhang ausgeführt. Ziel des Papiers ist es, einen Anstoß für eine stärkere Integration genderrelevanter Fragestellungen unter der Maßgabe des Leitbildes der Geschlechtergerechtigkeit für die sozialwissenschaftliche Klimaforschung zu geben.

Abstract

How can gender concepts be integrated into research on global climate change in the social sciences? The discussion paper focuses on this question presuming that loopholes concerning the integration of gender relations and climate protection can be identified. In this context the usage of implicit gender categories is particularly important. Gender justice as a normative objective needs to take this into account.

Firstly, a survey of international conferences on environmental and gender issues shows the political framing of the investigated subject, including statutory measures and political instruments. Secondly, gender categories related to a dichotomising discourse are discussed. Exemplification is given by the illustrating of resource management in developing countries. The discussion paper aims at strengthening the integration of gender related questions and climate research in the social sciences. This can only succeed if gender justice holds as normative objective.

Inhalt

1	Einleitung.....	1
2	Eine Politik der Anerkennung.....	3
2.1	Frauen, Umwelt und internationale Verhandlungen.....	3
2.2	Gender Mainstreaming und Gender Impact Assessment.....	4
3	Überwindung der Geschlechterkategorien	7
3.1	Explizite und implizite Geschlechterverhältnisse	7
3.2	Geschlechterverhältnisse und Klimaschutz in Entwicklungsländern	9
4	Fazit und Ausblick	10
5	Literatur	13
6	Internetverzeichnis	16

1 Einleitung

Ist ein Thema erst dann bedeutsam, wenn es in Fachpublikationen und wissenschaftlichen Debatten auftaucht? Dann dürfte das Thema ‚Gender und Klimawandel‘ gemessen an den wenigen Publikationen, die explizit zum Thema vorliegen, nicht besonders relevant sein. Grund für die geringe Zahl an wissenschaftlichen Beiträgen könnte sowohl die Komplexität der Klimathematik sein als auch der Anspruch, Geschlechterfragen als Querschnittsaufgabe zu berücksichtigen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass zahlreiche Arbeiten vorliegen, die für das Thema Gender, Klimawandel und Klimapolitik durchaus sehr relevant sind, wenngleich dies häufig nicht explizit im Titel ausgewiesen ist.

Die allgemeine Beschreibung zu den Folgen des Klimawandels lautet wie folgt: Verschiedene Länder, Regionen, Bevölkerungen und gesellschaftliche Gruppen sind auf unterschiedliche Weise von den Folgen globaler Erwärmung wie Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen betroffen. Was für die Auswirkungen des Klimawandels gilt, gilt ebenso für seine Ursachen, die sich weltweit höchst unterschiedlich verteilen. Die Unterschiede in der Verursachung und Betroffenheit werden am stärksten im Vergleich zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industriestaaten deutlich. Letztere tragen eine ungleich größere Verantwortung für den Ausstoß klimaschädlicher Gase während v. a. arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern durch geringere Anpassungskapazitäten am stärksten mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert sind. Aber auch innerhalb von Gesellschaften gibt es deutliche Ungleichgewichte bei der Anpassung an klimabedingte Schäden. Die Komplexität wird außerdem durch den Faktor Zeit erhöht: Heutige CO₂-Emissionen wirken sich erst in nicht exakt vorhersehbarer Zukunft aus. Ferner sind bei der Analyse der politischen Regulation des Klimaproblems die Nationalstaaten in Wechselwirkung mit dem internationalen Klimaregime und die Rolle anderer, an der Klimadebatte beteiligter Akteure wie NGOs, die Lobbyverbände der Industrie und die Wissenschaft, sowie die Frage nach den politischen wie ökonomischen Instrumenten zentral.²

Wird die ohnehin komplexe Bearbeitung von Fragestellungen zum Klimawandel durch die Integration des Leitbilds der Geschlechtergerechtigkeit zusätzlich erschwert?

Der Anspruch, Gender- und Umweltthemen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Relevanz transdisziplinär zu bearbeiten, erfordert eine Überwindung disziplinärer Grenzen. Solange aber die Themen Gender und Klima als zwei voneinander getrennte Bezugssysteme begriffen werden, wird die disziplinübergreifende Bearbeitung zusätzlich erschwert. Im vorliegenden Diskussionspapier soll dieser Argumentation nachgegangen werden. Es wird diskutiert, inwieweit eine Genderanalyse beim Thema Klimawandel und Klimapolitik integrativ möglich und sogar notwendig ist, um wirksame Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu entwickeln. Dabei soll auf Fallstricke verwiesen werden, die sich bei der Gegenüberstellung von Geschlechterkategorien im Klimadiskurs verbergen. Am Beispiel von Ressourcennutzung in Entwicklungsländern wird deutlich gemacht, dass die impliziten (strukturell symbolischen, konstruierten) Geschlechterverhältnisse

² Die Ausweitung des Akteursspektrums, die komplexen räumlichen und zeitlichen Interdependenzen und die vielfältigen Interessen, die sich auf dem Konfliktfeld Klima artikulieren, lassen sich sinnvoll nur noch aus einer Mehrebenenperspektive heraus analysieren (Brunnengräber / Weber 2004).

nur unzureichend Berücksichtigung erfahren. Deren Integration ist aber, so wird argumentiert, grundlegende Voraussetzung für die Analyse der Geschlechterverhältnisse und für eine gehaltvolle Debatte über Gender und Klimawandel.

Der Begriff *Gender* ist zunächst als Ausdruck einer Auseinandersetzung mit den Geschlechterrollen in der Gesellschaft zu verstehen. Dabei nimmt die Genderforschung eine Perspektive ein, die sich zur androzentristischen, d. h. einer männlich-verallgemeinerten Perspektive abgrenzt. Gender meint das soziale Geschlecht, nicht das biologische.³ Weil Gender gesellschaftlich konstruiert ist, ist es auch beeinflussbar und veränderbar. Deshalb geht es innerhalb der Genderforschung nicht allein um geschlechtsspezifische *Unterschiede*, sondern um die Beziehungen und Verhältnisse der Geschlechter zueinander, die von der Gesellschaft geprägt sind und so in die Frauen- und Geschlechterforschung, wissenschaftliche Definitionen, Konzepte und Methoden eingehen. Anstelle von bipolarer Gegenüberstellung von Mann und Frau, wird Geschlecht als Konstruktion durch die soziale Wirklichkeit verstanden (Schultz 2001). Die wissenschaftliche Gender-Debatte ist dabei zwar stark mit politischen Zielen nach Gleichberechtigung verknüpft, sie darf aber nicht mit Frauen- und Genderpolitik gleichgesetzt werden.

Bezüge zwischen Gender und Klimawandel im weitesten Sinne lassen sich zunächst einmal zu den Themenfeldern ‚Gender- und Umweltforschung‘ (Schultz / Weller 1995; Schultz 2001), aber auch im Zusammenhang mit Untersuchungen zu internationaler Politik, Globalisierung (Klingebiel / Randeria 1998; Prügl / Meyer 1999; Bistuer 2001; Lenz 2002) und Entwicklungspolitik (Aithal 1995; Joekes et al. 1996) herstellen.⁴ Dabei sind auch Partizipationsansätze an verschiedener Stelle relevant (Gapp 1998; Rodenberg 1998; Knothe 2001; Rodenberg 2001).⁵ Darüber hinaus lassen sich aus der Einstellungsforschung Erkenntnisse ableiten, die auch für die Klimaforschung grundlegend sind (Grunenberg / Kuckartz 2003).

Im anschließenden Kapitel wird auf die formalpolitische Rahmensetzung der Gender- und Klimathematik eingegangen. Es werden die wichtigsten internationalen Konferenzen auf ihren integrativen Gender- und Klimabezug hin beleuchtet und die Gleichstellungsinstrumente Gender Mainstreaming und Gender Impact Assessment vorgestellt. In Kapitel 3 geht es dann um die Fallstricke bei einer integrativen Betrachtung von Gender und Klimawandel und -politik.

³ Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es Kritik am Modell der Zweigeschlechtlichkeit als gesetzte Norm gibt; u. a. setzten sich Andrea Maihofer, Judith Lorber, Linda Nicholson und Regina Frey mit der sozialen Konstruktion des biologischen Geschlechts auseinander.

⁴ Die Klimapolitik wird gerne auch herangezogen, um die Herausbildung von Global Governance-Strukturen zu verdeutlichen. Doch auch die meisten wissenschaftlichen Arbeiten zu Global Governance sind eher geschlechterblind (für eine der wenigen Ausnahmen siehe (Ruppert 2003)).

⁵ Auf die heterogen geführte Ökofeminismusdebatte wird hier nicht näher eingegangen. Es wird auf Arbeiten aus dem deutschsprachigen Raum von Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt Thomsen verwiesen. Im angloamerikanischen Raum finden sich weitere, postmoderne Ansätze, die zwischen kulturellem und sozialem Ökofeminismus unterscheiden.

2 Eine Politik der Anerkennung

2.1 Frauen, Umwelt und internationale Verhandlungen

Internationale Konferenzen wie der Erdgipfel für Umwelt- und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking bieten eine Möglichkeit, um auf umwelt-, klima- und frauenpolitische Zusammenhänge hinzuweisen. Sie haben zum Ziel, formalpolitische Maßnahmen durchzusetzen und Institutionen zu etablieren, die regulierend Einfluss auf spezifische Problemlagen ausüben sollen (Zdunek 2001; European Commission 2003; Schultz et al. 2003). Welchen Einfluss solche Konferenzen auf die Umsetzung des Leitbildes der Geschlechtergerechtigkeit tatsächlich haben, soll nachfolgend aufgezeigt werden.

Hinsichtlich der internationalen Frauen- und Klimakonferenzen gibt es unterschiedliche Einschätzungen ihrer Wirksamkeit für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. So fanden Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung weder in der Klimarahmenkonvention von 1992 noch im Kyoto-Protokoll von 1997 Erwähnung (Skutsch 2002; Brouns / Spitzner 2004). Auf der anderen Seite wurde bereits auf der 3. Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi auf die prekäre Lage von Frauen in Entwicklungsländern und den direkten Zusammenhang zwischen Folgen von Umweltzerstörung und Versorgungssicherheit besonders für Frauen aufmerksam gemacht. Der Schutz natürlicher Ressourcen, vor allem von Wasser, durch Natur- und Umweltschutzmaßnahmen war dabei eine wesentliche Forderung – in diesem Zusammenhang wurde auch eine Stärkung der Rechte von Frauen gefordert.

Im Absatz 20 der Rio-Deklaration des Earth Summit von 1992 wurde dem Thema Gleichberechtigung eine essentielle Rolle im Prozess der Nachhaltigkeit zugesprochen (Vereinte Nationen 1992b). In Kapitel 24 der Agenda 21, einem der Abschlussdokumente der Konferenz, werden Frauen als Hauptakteurinnen für Nachhaltigkeitsprozesse herausgestellt. Die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit wird dort als zentrale Aufgabe nachhaltiger Entwicklung formuliert (Vinz 2005). In der Agenda 21 findet sich außerdem ein umfassender Forderungskatalog für nationale Regierungen zur Förderung von Partizipation von Frauen. Ferner werden die Förderung von Bildung bei gleichzeitiger Beachtung genderrelevanten Wissens und der besonderen Rolle von Frauen genannt. In Forschung und Wissenschaft soll deshalb der Zusammenhang zwischen Gender, Umwelt und Entwicklung weiter untersucht werden (Vereinte Nationen 1992a).

Auch in der Peking-Deklaration der 4. UN-Weltfrauenkonferenz 1995 wurden Förderung der Partizipation, verstärkte Integration von Genderaspekten in Politik und Programme zur nachhaltigen Entwicklung und Erforschung des Einflusses von Entwicklung und Umweltpolitik (international, national und regional) festgehalten.⁶ Auf der Pekinger Konferenz wurde erstmalig die Strategie des *Gender Mainstreamings* beschlossen (s. dazu Kapitel 2.2.). Die Pekinger Weltfrauenkonferenz wird deshalb als Erfolg für das Empowerment von Frauen gesehen (Röhr et al. 2004).

⁶ Die Pekinger Deklaration, Abschnitt „Women and Environment“ ist unter: www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/enviro.htm zu finden.

Die UN-Konferenzen bieten Frauen Möglichkeiten der Teilnahme und der Stärkung transnationaler Frauennetzwerke (Wichterich 2004b). Beispielsweise wurde bereits die Vorbereitung der Rio-Konferenz von intensivem frauenpolitischem Engagement seitens der NGOs begleitet (Rodenberg 1996). So gründete sich im Vorfeld der Konferenz die globale Frauenorganisation WEDO (*Women, Environment and Development Organization*). In Rio wurde aber auch unter dem Stichwort der ‚globalen Hausfrau im Umweltschutz‘ davor gewarnt, Frauen durch ihre Versorgungsrolle die primäre Verantwortung für den Umweltschutz aufzubürden.

Auf internationalen Konferenzen werden frauen- und umweltpolitische Themen aber nicht immer gleichermaßen behandelt. So wurde bei den seit 1995 jährlich stattfindenden Klimakonferenzen (Conferences of the Parties, COPs) das Thema Gender kaum aufgegriffen, obgleich vor allem Frauenumweltnetzwerke dies einforderten (Röhr et al. 2004). Lambrou und Laub haben beispielsweise die drei Rio Konventionen (UNFCCC, UN Convention on Biodiversity und UN Convention to Combat Desertification) einer Genderanalyse unterzogen und festgestellt, dass die Genderperspektive nur unzureichende Beachtung erfährt. Weil die Nutzung von Umweltressourcen aber ebenso genderdifferenziert betrachtet werden muss wie die Folgen von Umweltveränderungen, betonen sie eine stärkere Berücksichtigung bei der Implementierung der drei Dokumente (Lambrou / Laub 2004).

Andererseits hat auf der Pekinger-Frauenkonferenz 1995 das Ökologiethema wiederum wenig Raum gefunden, wie Rodenberg (1996) kritisiert. Der Fokus lag mehr auf der Globalisierung der Weltwirtschaft und der damit zusammenhängenden Feminisierung der Armut.

So kann vorerst festgehalten werden, dass eine integrative Betrachtung von Gender und Klimapolitik auf der Ebene internationaler Verhandlungen noch unzureichend umgesetzt wird, da es in erster Linie um Anerkennungspolitik und nicht um die tatsächliche Thematisierung der Geschlechterverhältnisse geht.

2.2 Gender Mainstreaming und Gender Impact Assessment

Als ein Beispiel für formal umgesetzte Genderpolitik kann die 1997 von der EU eingeführte Strategie des Gender Mainstreaming gelten. Im Amsterdamer Vertrag wurde die Integration der Geschlechterperspektive in alle Politikbereiche beschlossen. Der am 1. Mai 1999 in Kraft getretene Vertrag verpflichtet die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik. In Art. 2 heißt es: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft [...] die Gleichstellung von Männern und Frauen [...] zu fördern.“ Art. 3: „Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“ Art. 2 und Art. 3 Abs. 2 EG-Vertrag verpflichten die Mitgliedsländer zu einer aktiven und integrierten Gleichstellungspolitik. Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben und Maßnahmen sollen die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern von vornherein berücksichtigt und in alle Politikfelder und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Die Europäische Kommission hat damit nicht nur das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, sondern auch das der Geschlechtergerechtigkeit in seine Statuten aufgenommen (Lenz 2002). 1999 wurde von der Bundesregierung per Kabinettsbeschluss Gender Mainstreaming als verbindliches Leitbild formuliert, im Grundgesetz ist Gender Mainstreaming seit 2001 festgehalten.⁷ In allen offiziellen bundespolitischen Ressorts soll Gender Mainstreaming nun als Leitprinzip integriert werden.

Die Annahme, die dem *Gender Mainstreaming* zugrunde liegt, ist, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt und deshalb geschlechtsspezifische Unterschiede und Interessen in allen Lebenssituationen von vornherein und immer berücksichtigt werden müssen. Grundlagen dafür sind Chancengleichheit und rechtliche Gleichstellung. Es soll dabei eine systematische Erfassung von gesellschaftlichen Prozessen durch das Mitdenken genderrelevanter Kategorien erfolgen. Das Ziel des Gender Mainstreamings ist die geschlechtergerechte Gesellschaft. Gender Mainstreaming erfolgt im politischen Prozess allerdings im *top-down*-Verfahren. Gender Mainstreaming als Konzept, wie es in der EU, auf nationaler Ebene oder in der Entwicklungspolitik Verwendung findet, ist darum abhängig von den jeweiligen Ermessensspielräumen und Interessen der umsetzenden Institutionen und Akteure (Vinz 2005).

Zur wirksamen Umsetzung dieser Vorgabe wurde das Gender Impact Assessment, kurz GIA (auch Gleichstellungsprüfung genannt), entwickelt. Im Rahmen eines Gender Impact Assessments werden die unterschiedlichen Wirkungen von konkreten Maßnahmen auf Frauen und Männer sowie auf die Geschlechterverhältnisse überprüft. Mittels eines GIA werden Auswirkungen von politischen Entscheidungen und Strategien auf das Geschlechterverhältnis untersucht. Darunter fallen auch Gesetzgebungsvorhaben und politische Programme. GIA kann im Vorfeld (*ex ante*), Maßnahmen begleitend oder *ex post* durchgeführt werden. Im besten Falle werden alle drei Phasen dem GIA unterzogen. Anhand eines Indikatorensystems wird die Durchführung einer Gleichstellungsprüfung bei verschiedenen Maßnahmen implementiert, um mögliche negative Wirkungen auf die Geschlechter zu vermeiden und Genderaspekte entsprechend dem Gleichstellungsgebot von 1994 (Art. 3, 2 GG) zu berücksichtigen.

Das Ziel eines GIAs ist es, die Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und herzustellen. Die Vorgehensweise ist, dass Maßnahmen in drei Stufen überprüft werden: Es wird dabei vorab in einer Relevanzprüfung gefragt, welche Personen wie, in welchem Bereich und in welchem Ausmaß mittelbar oder unmittelbar betroffen sind. Darüber hinaus wird gefragt, wie viele Personen betroffen sind und ob die Maßnahme Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Ar-

⁷ Auch aus dem deutschen Verfassungsrecht ergibt sich eine Verpflichtung des Staates für eine aktive und wirkungsvolle Gleichstellungspolitik. Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz (GG) bestimmt nicht nur „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG), sondern nimmt den Staat nunmehr ausdrücklich in die Pflicht, „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ zu fördern und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ hinzuwirken (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) (www.gender-mainstreaming.net). Röhr et al. (2004) weisen allerdings darauf hin, dass Gender Mainstreaming nicht die Frauenförderpolitik ersetzt, sondern beide Konzepte die Gleichstellung der Geschlechter auf verschiedene Weise verfolgen.

beitsteilung, das Zeitbudget, die Mobilität etc. hat. Auch wenn Zweifel darüber bestehen, ob die Maßnahme Genderrelevanz hat, soll das GIA durchgeführt werden.⁸

Die ersten praktischen Erfahrungen einer Gleichstellungsprüfung konnten für die Integration von Gender und Umweltpolitik bereits gemacht werden. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat die Bereiche Mobilität, demographischer Wandel, Flächenverbrauch und Erneuerbare Energien auf ihren ‚Gender Impact‘ überprüft. Die Entwicklung von GIA wurde vom BMU gemeinsam mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) zunächst an vier Praxisbeispielen entwickelt: Der Strahlenschutzverordnung, der Vergabe des Umweltzeichens Blauer Engel für Büro-Multifunktionsgeräte und bei der Neufassung des Umweltinformationsgesetzes und des Umweltstatistikgesetzes.

Ein weiteres praktisches Beispiel zeigt die Überprüfung des fünften EU-Forschungsrahmenprogramms, welches ebenfalls vom ISOE mittels eines GIA evaluiert wurde. Dabei wurde herausgefunden, dass es Unterschiede sowohl bei der Teilnahme von Frauen am Programm, bei der wissenschaftlichen Ausrichtung der Anträge, aber auch innerhalb der Struktur des Rahmenprogramms gab. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass es sowohl institutionell-organisatorische als auch inhaltlich-thematische Zusammenhänge zwischen Gender und Technik gibt. Irmgard Schultz und Diana Hummel (2002) stellen einen geschlechterrelevanten Zusammenhang zwischen der Programmgestaltung und seinen Inhalten fest. Eine reine Erhöhung der Frauenquoten in technischen Bereichen sei deshalb allein nicht ausreichend, um dem Anspruch der Geschlechtergerechtigkeit zu genügen. Vielmehr müssen Strategien gefunden werden, die Inhalte und Themen verändern und die unterschiedlichen Kompetenzen nach Maßgaben des Gender Mainstreaming berücksichtigen (Schultz / Hummel 2002).

Inwieweit das GIA, welches konzeptionell an die Umweltverträglichkeitsprüfung angelehnt ist, zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in Behörden und anderen Institutionen im Rahmen von Umwelt- und Klimaschutz beiträgt, kann noch nicht abschließend bewertet werden. Wichtig ist aber, dass die Einrichtung eines Evaluierungsinstrumentes wie des GIA nicht die weitere Auseinandersetzung mit gleichstellungspolitischen Fragestellungen ersetzt sondern nur formale Hilfestellung für deren Umsetzung bietet. Im nächsten Kapitel geht es deshalb um die Unterscheidung expliziter von impliziten Geschlechterverhältnissen, die als Voraussetzung für die Entwicklung formaler Instrumente gelten muss.

⁸ Ein anderes gleichstellungspolitisches Instrument, auf das hier nur hingewiesen werden soll, ist das Gender Budgeting. Gender Budgeting meint die Aufschlüsselung von Zeit- oder Finanzressourcen nach Geschlecht. So sollen etwa öffentliche Einnahmen und Ausgaben ebenso nach Geschlecht differenziert werden wie die Planung des Etats. Gender Budgets können sich auch auf Zeitbudgets beziehen: Wie verteilt sich beispielsweise die aufgewendete Zeit für Umwelt- und Klimaschutz auf die beiden Geschlechter? Die ökologische Debatte zielt dabei mitunter auf von Frauen geleistete unentgeltliche Arbeit (Vinz 2001).

Gender Mainstreaming im lokalen Klimaschutz - ein Beispiel

Ein Beispiel für die Implementierung von Gender Mainstreaming im kommunalen Klimaschutz ist ein von der Europäischen Kommission und dem Deutschen Bundesforschungsministerium unterstütztes Projekt, welches zwischen 2003 und 2005 in zehn Städten aus vier europäischen Ländern durchgeführt wurde. „Climate for Change: Gender Equality and Climate Policy“ soll Klimapolitik geschlechtergerecht gestalten. Beteiligt sind die Städte Berlin, Dresden, Frankfurt am Main und München in Deutschland, Ferrara, Genua, Neapel und Venedig in Italien, Lahti in Finnland, Sundsvall in Schweden sowie die *Union of Baltic Cities* und das *Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder*.

Erster Schritt war eine Bestandsaufnahme der Städte über die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen im Bereich Klimaschutz. Daran anschließend wurden Methoden und Instrumente zur Änderung der Situation erarbeitet. Dabei sollten die unterschiedlichen Erfahrungen und Bedingungen in verschiedenen europäischen Ländern genutzt werden. Die nächsten Schritte dienen der Umsetzung. Die kommunalen Führungskräfte sollen für eine ausgewogene Beteiligung von Frauen auch in Entscheidungspositionen im Klimaschutzbereich sensibilisiert werden. Diskussionsprozesse sollen initiiert und unterstützende Materialien und Informationen bereitgestellt werden. (Weitere Informationen unter: www.climateforchange.net)

3 Überwindung der Geschlechterkategorien

3.1 Explizite und implizite Geschlechterverhältnisse

In diesem Papier soll es neben der Beschreibung der politischen Rahmenbedingungen und Instrumente auch darum gehen, außerhalb reiner Frauenförderpolitik auf implizite und explizite Geschlechterverhältnisse hinzuweisen. Im Folgenden gilt der Fokus der thematischen Integration von Gender und Klimawandel. Dabei steht die Diskussion um die Notwendigkeit der Kategorisierung von Frauen und Männern einerseits und Möglichkeiten der Überwindung dieser Geschlechterkategorien andererseits im Mittelpunkt. Zentrales Argument ist, dass die Kategorien Mann und Frau Voraussetzung für die Identifikation von Geschlechtsspezifika sind. Diese kategoriale Trennung muss aber um die Untersuchung impliziter Geschlechterverhältnisse ergänzt werden, um nicht in die Falle der Rollenzuschreibungen zu geraten. Der Genderbegriff, der Geschlecht als soziales Konstrukt beschreibt, ist dabei ein wichtiger Differenzierungsmaßstab.

Laut repräsentativer Studien unterscheiden sich Frauen und Männer hinsichtlich ihrer Wahrnehmung der natürlichen Umwelt ebenso wie in ihren Einstellungen, ihrem Verhalten und im Betroffenheitsgefühl bei Umweltgefahren (Bundesministerium für Umwelt / Umweltbundesamt 2004). Auch im Umweltverhalten selbst unterscheiden sich Frauen und Männer. Frauen sind demnach umweltbewusster und technikskeptischer als Männer. In einer in Deutschland durchgeführten Umfrage des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) wurde außerdem herausgestellt, dass Frauen sensibler auf extreme Wetterereignisse reagieren als Männer (Flehsig et al. 2000).

Gemäß der Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamtes sind Frauen also umweltbewusster und verhalten sich auch entsprechend, was unterschiedlichen Zugängen zu den Themen, Ressourcen und Aktionsfeldern zugeschrieben wird. Männer hingegen neigen eher zur Umweltrhetorik, was sich in hohem Umweltbewusstsein, aber einer vergleichsweise gering ausgeprägten Handlungsintention ausdrückt. Frauen gelten als problem- und risikobewusster, was damit in Zusammenhang gebracht wird, dass sie in größerem Maße für Kindererziehung zuständig sind. Die Atomenergienutzung wird außerdem von Frauen stärker abgelehnt, insbesondere bei höher gebildeten Frauen mit hohem technischem Wissen. Bei Männern hingegen steigt die Akzeptanz von Atomenergie sogar mit zunehmendem Technikwissen (Preisendörfer 2001; Grunenberg / Kuckartz 2003). Diese Unterschiede variieren neben der Betrachtung von Bildung auch bei den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen etwa bezüglich des Erwerbsstatus und der (finanziellen) Ressourcen von Männern und Frauen.

Auf der Grundlage der empirischen Sozialforschung beziehen sich die Forschungsfragen zum Thema Gender, Umwelt und Klima vor allem auf geschlechtsspezifische Unterschiede. Das betrifft sowohl die Ursachen als auch den Umgang mit der natürlichen Umwelt und die geschlechtsspezifische Betroffenheit durch die Folgen von Umweltschäden bzw. des Klimawandels. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass sich Erfahrungen, Kompetenzen, Präferenzen und Zielvorstellungen zwischen Frauen und Männern ebenfalls unterscheiden. Die reine Gegenüberstellung dieser Unterschiede überdeckt, dass sich dahinter implizite Geschlechterungleichheiten verbergen, die eng mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen und somit nicht direkt auf den Geschlechterunterschied zurückzuführen sind. Beispielsweise muss die ökologischere Verkehrsnutzung von Frauen oder die bessere Mülltrennung mitunter als Folge und nicht als Ursache geschlechtsspezifischen Verhaltens interpretiert werden.

Wie können aber Geschlechterdifferenzen analysiert werden ohne gleichzeitig Frauen und Männer in ihren Rollen festzuschreiben? Und wie können geschlechterspezifische Besonderheiten bestimmt werden ohne die impliziten Geschlechterverhältnisse zu vernachlässigen?

Mit der Identifizierung von Geschlechterunterschieden im Umweltbewusstsein und -verhalten werden unweigerlich Kategorien festgeschrieben, die es gerade aufzulösen gilt. Ein bestimmtes gesellschaftlich geprägtes und immer wieder reproduziertes Rollenverständnis führt erst dazu, dass Frauen bestimmte Rollen einnehmen. Die eigentlichen Ursachen, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die dazu führen, dass Frauen sich in Versorgungsrollen befinden, dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Deshalb muss sorgfältig zwischen den gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Ursachen spezifischer Geschlechterverhältnisse, den daraus resultierenden Geschlechterunterschieden und den daraus wiederum konstruierten Rollenbildern unterschieden werden.

Weller schlägt hierzu eine Systematisierung durch die Trennung zwischen *impliziten* und *expliziten* Genderbezügen vor. Damit sollen situative Geschlechterunterschiede (z.B. geschlechtsspezifisch unterschiedliche Risikowahrnehmung, Umweltverhalten, Wissen oder Ressourcennutzung) von impliziten, strukturell-symbolischen Dimensionen der Geschlechterverhältnisse (das Verhältnis von Produktion und Reproduktion, Konsum-, Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Akteure) analytisch getrennt werden (Weller 2004).

Die Schlussfolgerung, dass Frauen eine besondere Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Umwelt haben, weil sie diejenigen sind, die in den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer das Brennholz zur Energiegewinnung einsammeln und damit zur Umweltzerstörung beitragen, dient beispielsweise dazu, Frauen eine übermäßige Verantwortung für die Umwelt beizumessen. Eine allzu starke Sicht auf die Allianz von Frauen und Umwelt muss unter dem Stichwort ‚Feminisierung der Umweltverantwortung‘ kritisch betrachtet werden (Wichterich 1995). Im folgenden Kapitel werden die impliziten Geschlechterverhältnisse am Beispiel der Ressourcennutzung in Entwicklungsländern weiter verdeutlicht.

3.2 Geschlechterverhältnisse und Klimaschutz in Entwicklungsländern

Die Energieversorgung durch die Verbrennung fossiler Energieträger (Gas, Kohle, Öl) stellt mit ihren dabei entstehenden klimaschädlichen Gasen ein grundlegendes Problem für Mensch und Umwelt dar. Die Folgen des globalen Klimawandels wirken sich jedoch stärker dort aus, wo Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen besonders verwundbar gegenüber ökologischen Gefährdungen wie Dürren, Stürmen, Überschwemmungen sind. Dies trifft vor allem auf arme Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens zu. Sie können sich ungleich schlechter an die Folgen von Klimaänderungen anpassen als Bevölkerungen der Industrieländer. Daraus leitet sich die entwicklungspolitische Relevanz der Klimawandels ab. Der Zusammenhang zwischen Entwicklungsländern und der Frauen-Umwelt-Problematik ergibt sich dadurch, dass entwicklungspolitische Fragen stark mit dem Aufbau und der Sicherung der Versorgungssysteme zusammenhängen – in erster Linie mit Ernährung, Gesundheit und Energie. Besonders die Energieversorgung durch Verbrennung fossiler Energieträger (Gas, Kohle, Öl) stellt mit ihren klimaschädlichen Gasen ein grundlegendes Problem für die globale Erwärmung dar. Der weltweite Energieverbrauch ist groß und vergrößert sich weiter. Neben dem nach wie vor wachsenden Energiebedarf der Industrieländer steigt auch derjenige in Entwicklungs- und Schwellenländern zunehmend. Entwicklungsländer decken ihren Energiebedarf zu großen Teilen mit CO₂-intensiven Energieträgern wie Holz, Öl, Gas und Kohle, wobei sie z. T. über 80 Prozent ihrer Devisen für Ölimporte ausgeben (Bundesministerium für Umwelt 2003). Erneuerbare Energien (EE) gelten mitunter als Alternative, die Rohstoffabhängigkeit ebenso wie Gesundheitsschäden zu reduzieren. Sie können als dezentrale Technologien zudem mit lokal ansetzender, nachhaltiger Entwicklung verbunden werden. Das bedeutet jedoch, dass das Thema Energieversorgung in der Entwicklungszusammenarbeit weg von den zentralen Großtechnologieförderungen (die zumeist nur den urbanen Raum bedienen) und hin zu Förderungen für den ländlichen Raum kommen müsste (Clancy et al. 2004).⁹

Die besondere Betroffenheit von Frauen in Entwicklungsländern durch die Folgen des Klimawandels leitet sich dadurch ab, dass es vorwiegend Frauen sind, die ihre Gesundheit durch lange Transportwege für die Deckung des täglichen Wasserbedarfs oder die Versorgung mit Holz für Kochen und Heizen beeinträchtigen; durch zunehmende Wasserverknappung durch

⁹ In diesem Zusammenhang spielen Kleinstkredite eine wichtige Rolle, die auch für EE-Projekte im ländlichen Raum genutzt werden können. 2005 wurde von der UNO als Jahr des Mikrokredits ausgerufen (s. auch www.unesco.ch/actual-d/internationales_jahr_2005_frame.htm#mikrokredit).

Dürren wirken sich die Klimafolgen direkt auf die Länge der Transportwege aus. Diese direkt beobachtbaren Zusammenhänge zwischen Folgen des Klimawandels und Geschlechterverhältnissen hängen wiederum mit den bestehenden Machthierarchien zusammen. Erst diese führen dazu, dass sich Frauen in ihrer jeweiligen Rolle befinden. Deshalb wäre es eine verkürzte Sichtweise anzunehmen, dass die Betrachtung der Geschlechterunterschiede bereits die Geschlechtersituation in Entwicklungsländern abbilden würde. Vielmehr muss es darum gehen, bestimmte Sicht- und Verhaltensweisen als Teil ihrer sozio-ökonomischen Identität zu sehen. Agarwal verwendet hierfür den Begriff des ‚feminist environmentalism‘. Ungleichheiten hängen in erster Linie mit der Arbeitsteilung und der Verteilung von Macht und Reichtum zusammen (Agarwal 1998). Die ungleiche Verteilung von Beteiligungschancen und Entscheidungsmacht über die Ressourcenverfügung zwischen Frauen und Männern hängt mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen zusammen. Die Anpassungskapazitäten der Frauen an den Klimawandel werden dadurch besonders erschwert, dass Frauen nicht über die gleichen politischen Partizipationsmöglichkeiten und ökonomischen Mittel verfügen wie Männer (Duddy 2002); (Joekes et al. 1996; Denton 2004).¹⁰

Als eines der größten globalen Probleme gilt die mangelnde Wasserversorgung, die durch Bevölkerungswachstum, Privatisierungsprozesse und die Folgen des Klimawandels noch weiter verstärkt wird (Agarwal 1998; Klingebiel / Randeria 1998; Prügl / Meyer 1999).¹¹ Die globale Erwärmung verändert den Wasserkreislauf, Wasserressourcen verringern sich durch Dürren und Desertifikation besonders in Entwicklungsländern (Aithal 1995). Zusätzlich wird durch die verstärkte Privatisierung und Liberalisierung des Wassermarktes und dem häufig damit verbundenen Preisanstieg der Zugang zu Wasser erschwert oder gar verhindert. Vor allem NGOs aus dem Entwicklungs- und Umweltbereich fordern eine partizipative und transparente Gestaltung der Wasserversorgung. Allerdings bedeutet Beteiligung auf lokaler Ebene nicht automatisch die Beteiligung von Frauen, was wiederum nicht der Tatsache gerecht wird, dass in erster Linie Frauen für die Versorgungssysteme zuständig sind. So führt ihre unzureichende Beteiligung beim Wassermanagement bspw. zu falscher Zuweisung der Finanzmittel. Um Geschlechtergerechtigkeit in einer umwelt- und sozialverträglichen Perspektive zu integrieren, müssen Partizipationsrechte wie Nutzungsrechte von Frauen an den Überlebensressourcen Land und Wasser gewährleistet sein (Wichterich 2004a). Geschlechtergerechte Partizipationsformen und Verteilungsgerechtigkeit bei der Ressourcennutzung sind darum wesentliche Voraussetzungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft (Knothe 2001).

4 Fazit und Ausblick

Für die integrative Betrachtung von Gender und Klima im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung kann kaum eine Themeneingrenzung erfolgen. Vielmehr geht es darum, Strategien und

¹⁰ In der so genannten WED-Debatte (‚Women, Environment, Development‘) geht es um die Problematik des geschlechtsspezifischen Zugangs zu und die Kontrolle über natürliche Ressourcen (Rodenberg 2001; European Commission 2003).

¹¹ Das Jahr 2003 hat die UNO deshalb als Jahr des Süßwassers ausgerufen. Im World Water Report werden die Zusammenhänge zwischen Wasser, Klima und nachhaltiger Entwicklung zusammengefasst. (http://www.unesco.org/bpi/wwdr/World_Water_Report_exsum_ger.pdf)

Konzepte zu entwickeln, die ein Untersuchungsdesign für die analytische Integration von Genderaspekten vor dem Hintergrund des normativen Ziels der Geschlechtergerechtigkeit ermöglichen. Der Hinweis auf das Instrument des Gender Impact Assessments deutet an, wie eine solche Geschlechtergerechtigkeitsprüfung für den Bereich Umwelt und Klima in der Praxis umgesetzt werden kann.

Die deskriptive Betrachtung von Umwelt- und Frauenpolitik bei internationalen Verhandlungen und die Umsetzung rechtspolitischer Maßnahmen durch *top-down*-Instrumente wie das GIA sind wichtig, um die politischen Rahmenbedingungen zu identifizieren. Darüber hinaus muss die Klimaforschung ihren analytischen Fokus mit impliziten Geschlechterverhältnissen verknüpfen. Die alleinige Beobachtung von Geschlechterunterschieden muss dabei überwunden werden, damit die ursächlichen Voraussetzungen, repräsentiert in den gesellschaftlich konstruierten Geschlechterrollen, nicht außer Acht gelassen werden.

Einen wichtigen Ansatz hierzu bietet Nancy Fraser, die auf die Zweidimensionalität der Geschlechtergerechtigkeit hinweist: Sowohl Anerkennung als auch Umverteilung müssen als Voraussetzungen erfüllt sein. Anerkennung hat dabei einen kulturell-diskursiven Aspekt und die Verteilungsgerechtigkeit einen politisch-ökonomischen Aspekt. Um geschlechtsspezifische Ungerechtigkeit aufzulösen, müssen beide Aspekte berücksichtigt werden. Es müssen gleichermaßen die androzentrischen Wertehierarchien abgebaut werden wie auch eine Restrukturierung der Arbeitsteilung stattfinden. „Nur mit integrativen Ansätzen, die Umverteilung und Anerkennung vereinigen, können wir erreichen, was eine Gerechtigkeit verlangt, die alle berücksichtigt.“ (Fraser 2004).

Eine Analyse von Gender und Klima kann somit in zwei Schritten erfolgen, die mit spezifischen Forschungsfragen verbunden werden müssen. Einige Beispiele wurden hierzu aufgelistet.

1) Für eine Bestandsaufnahme der Geschlechterunterschiede bei den Ursachen und Folgen des Klimawandels und der Klimapolitik können die folgenden übergreifenden Forschungsfragen anleitend sein:

- Inwiefern müssen Geschlechterunterschiede bei der Gerechtigkeitsdebatte um Verursacher- und Betroffenen ausgleich der Folgen des Klimawandels berücksichtigt werden?
- Wie wird der Klimawandel geschlechtsspezifisch wahrgenommen und welche Klimaschutzstrategien werden von Frauen und Männern verfolgt?
- Sind Frauen und Männer von klimabedingten Schäden auf unterschiedliche Weise betroffen? Welche unterschiedliche Wirkung haben die Folgen des Klimawandels?
- Welche geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt es klimapolitischen Verhandlungsprozess? Wie und in welchem Maße partizipieren Frauen und Männer bei Verhandlungen über Klimaschutzkonzepte und -instrumente?
- Wie wirken sich klimapolitische Verhandlungsprozesse wiederum auf die Geschlechterverhältnisse aus (z. B. klimapolitische Maßnahmen auf nationaler, EU- und internationaler Ebene)?

2) Im nächsten Schritt der Analyse müssen die Unterschiede auf entweder explizite (sozio-ökonomische) Ursachen oder auf implizite Ursachen (unterschiedliche Machtverhältnisse, Genderstrukturen, die das soziale Geschlecht berücksichtigen) zurückgeführt werden. Wesentliche Fragestellungen können dabei sein:

- In welchem Maße sind die sozio-ökonomischen Verhältnisse im Sinne latenter Faktoren für geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wahrnehmung und der Betroffenheit des Klimawandels verantwortlich?
- Sind ungleiche Partizipationsmöglichkeiten zwischen Frauen und Männern in der Klimapolitik auf bestehende Machtverhältnisse zurückzuführen?
- Werden bestimmte Rollenmuster bei den Klimaverhandlungen reproduziert?

Auf diese Weise können tatsächliche statt konstruierter Geschlechterunterschiede ausgemacht werden, die dann gemäß dem normativen Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit verändert werden können.

Um nun auf die eingangs aufgeworfene Frage zurückzukommen, inwieweit die Verknüpfung der Themenfelder Gender und Klima Schwierigkeiten birgt, wird hier der Vorschlag gemacht, dass sich eine neue Perspektive im Sinne integrativer Denkansätze eröffnen muss. Vielleicht erscheint die Integration von Genderfragen in der Klimaforschung deshalb problematisch, weil der Zusammenhang häufig nicht deutlich auf der Hand liegt. Dies ist aber nicht gleichbedeutend damit, dass sich die Bezüge nicht herstellen ließen. Es spricht zunächst nur dafür, dass entsprechende Sensibilisierung benötigt wird, um eine Doppelstrategie zur Themenintegration zu verfolgen.

In diesem Sinne sollte das Diskussionspapier einen Anstoß geben, Gender und Geschlechtergerechtigkeit in einen thematischen Zusammenhang mit dem Klimawandel zu stellen. Es sollte zeigen, dass es zahlreiche Ansätze für Fragestellungen zum Thema Gender, Klimawandel und Klimapolitik gibt, die aufgegriffen und in integrativer Weise weiterentwickelt werden müssen. Vor allem gilt Vorsicht bei der Feststellung besonderer Betroffenheiten von Frauen (insbesondere in Entwicklungsländern). Oft sind sie auf gesellschaftliche Machtverhältnisse zurückzuführen. Der methodische Hinweis von Weller (2004), die zwischen expliziter und impliziter Genderanalyse unterscheidet, ist deshalb im Hinblick auf die Dekonstruktion der Geschlechterkategorien ein wichtiger Denkanstoß. Auf diese Weise können ‚implizite‘ Geschlechterverhältnisse integriert und von rein deskriptiven empirischen Ergebnissen getrennt betrachtet werden.

5 Literatur

- Agarwal, Bina** (1998): Geschlechterfrage und Umwelt: Anregungen aus Indien. In: Klingebiel, Ruth; Randeria, Shalini (Hrsg.) (1998): Globalisierung aus Frauensicht: Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz.
- Aithal, Vathsala** (1995): Überlegungen zur Gender & Environment-Forschung am Beispiel Wasser. In: Schultz, Irmgard; Weller, Ines (Hrsg.) (1995): Gender & Environment. Frankfurt a. M.: IKO.
- Bistuer, Josepa Brú i** (2001): Globalisation, Environmental Policies and Gender Perspectives. In: Nebelung, Andreas et al (Hrsg.) (2001): Geschlechterverhältnisse - Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie. Opladen: Leske & Budrich.
- Brouns, Bernd; Spitzner, Meike** (2004): Gender - the Forgotten Pillar of International Climate Policy. In: *Sustainable Energy News (SEN)* 47 (Women and Energy): S. 6-7.
- Brunnengräber, Achim; Weber, Melanie** (2004): Klimawandel als Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Zur Mehrebenenstruktur in der Klimapolitik. In: *Widerspruch* 47 (24. Jg): S. 108-118.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (2003): "Worldwatch-Bericht bestätigt deutsche Vorreiterrolle bei den Erneuerbaren Energien". Pressemitteilung vom 9.3.2003 (<http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/2080/main/> (Zugriff: 01.07.05)).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Umweltbundesamt** (2004): Umweltpolitik. Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Berlin: BMU.
- Clancy, Joy; Oparaocha, Sheila et al.** (2004): Gender Equity and Renewable Energies. In: *Hintergrundpapier für die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien, Bonn, Februar 2004* (<http://www.renewables2004.de/pdf/tbp/TBP12-gender.pdf> (Zugriff: 01.07.05)).
- Denton, Fatma** (2004): Gender and Climate Change: Giving the "Latecomers" a Head Start. In: *IDS Bulletin* 35 (3): S. 42-49.
- Duddy, Janice** (2002): What role does gender play in global climate change? A summary of the most recent Gender and Development journal. In: *Oxfam* 10 (2).
- European Commission** (2003): Research on gender, the environment and sustainable development. Brüssel: European Commission.
- Flehsig, Michael; Gerlinger, Katrin et al.** (2000): Weather Impacts on Natural, Social and Economic Systems. In: *PIK-Report* 59.
- Fraser, Nancy** (2004): Feministische Politik im Zeitalter der Anerkennung: Ein zweidimensionaler Ansatz für Geschlechtergerechtigkeit. In: Beerhorst, Joachim et al (Hrsg.) (2004): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 453-474.
- Gapp, Martina** (1998): Kompetenzen nutzen, Erfahrungen umsetzen - Beteiligung von Frauen beim Erstellen einer Lokalen Agenda. In: Müller-Christ, Georg (Hrsg.) (1998): Nachhaltigkeit durch Partizipation. Bürgerbeteiligung im Agendaprozeß. Sternenfels: Wissenschaft & Praxis.
- Grunenberg, Heiko; Kuckartz, U.** (2003): Umweltbewusstsein im Wandel. Ergebnisse der UBA-Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2002. Opladen: Leske und Budrich.
- Joekes, Susan; Green, Cathy et al.** (1996): Integrating Gender into Environmental Research and Policy: Institute of Development Studies. (<http://www.eldis.org/fulltext/integ.pdf> (Zugriff: 01.07.05)).

- Klingebiel, Ruth; Randeria, Shalini** (1998): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn: Dietz.
- Knothe, Bettina** (2001): Zwischen Alltagsbewältigung und Alltagsorganisation. In: *politische Ökologie* 19 (AGender 21): S. 53-55.
- Lambrou, Yianna; Laub, Regina** (2004): Gender Perspectives on the Conventions on Biodiversity, Climate Change and Desertification: Publication of the Sustainable Development Department (SD), Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO).
- Lenz, Ilse** (2002): Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Globalisierung in den Bereichen Global Governance, Arbeitsmärkte und Ressourcen. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“. AU-Stud 14/36. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Preisendörfer, Peter** (2001): Der Umweltengel ist weiblich. In: *politische Ökologie* 19 (AGender 21): S. 35-36.
- Prügl, Elisabeth; Meyer, Mary K.** (Hrsg.) (1999): Gender Politics and Global Governance. Boston: Rowman & Littlefield.
- Rodenberg, Birte** (1996): Ökologie und Globalisierungsdebatte: Zum Diskurs um Frauen, Umwelt und Entwicklung nach der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking. In: *Working Paper der Universität Bielefeld, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie* 246.
- Rodenberg, Birte** (1998): Internationale Fraenumweltpolitik: globale Diskurse und lokale Erfahrung. In: Schwengel, Hermann (Hrsg.) (1998): Gesellschaft grenzenlos? Freiburg im Breisgau.
- Rodenberg, Birte** (2001): Positionen und Perspektiven im Handlungsfeld feministischer Ökologiepolitik seit UNCED 1992: Die Selbstorganisationsprozesse internationaler Frauen-Umwelt-Bewegungen. In: Nebelung, Andrea et al (Hrsg.) (2001): Geschlechterverhältnisse - Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie. Opladen: Leske & Budrich.
- Röhr, Ulrike; Schultz, Irmgard et al.** (2004): Klimapolitik und Gender. Eine Sondierung möglicher Gender Impacts des europäischen Emissionshandelssystems. In: *ISOE-Diskussionspapier* 21.
- Ruppert, Uta** (2003): Zwischen analytischen Chancen und politischen Ambivalenzen: Global Governance aus feministischer Sicht. In: Fues, Thomas; Hippler, Jochen (Hrsg.) (2003): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Festschrift für Franz Nuscheler. Ulm: Ebner & Spiegel, S. 137-154.
- Schultz, Irmgard** (2001): Ein Blick zurück. In: *politische Ökologie* 19 (AGender 21): S. 18-20.
- Schultz, Irmgard; Hummel, Diana** (2002): Der Zusammenhang von Gender und Technik. Ergebnisse einer Gender-Analyse des EU-Programms "Environment and Sustainable Development". In: *Technikfolgenabschätzung : Theorie und Praxis Nr. 2 Genderforschung und Technikentwicklung* 11: S. 36-44.
- Schultz, Irmgard; Hummel, Diana et al.** (Hrsg.) (2003): Research on gender, the environment and sustainable development. Studies on gender impact assessment of the programmes of the fifth framework programme for research, technological development and demonstration. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Schultz, Irmgard; Weller, Ines** (1995): Gender & Environment. Frankfurt a. M.: IKO.
- Skutsch, Margaret M.** (2002): Protocols, treaties and action: The 'climate change process' through gender spectacles. In: *Gender and Development* 10 (2).
- Vereinte Nationen** (1992a): Chapter 24: Global Action Plan for Women towards Sustainable and Equitable Development. In: (1992a): Agenda 21: Earth Summit. The United Nations Programme of Action from Rio.
(<http://www.un.org/esa/sustdev/documents/agenda21/english/agenda21toc.htm> (Zugriff: 01.07.05)).

- Vereinte Nationen** (1992b): Rio Declaration on Environment and Development. Report of the United Nations Conference on Environment and Development. A/Conf.151/26 (Vol. 1). (<http://www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-1annex1.htm> (Zugriff: 01.07.05)).
- Vinz, Dagmar** (2001): Zeitpolitik ist der Schlüssel. In: *politische Ökologie* 19 (AGender 21): S. 9.
- Vinz, Dagmar** (2005): Nachhaltigkeit und Gender - Ansätze und Perspektiven der Umwelt- und Geschlechterforschung. In: *Gender-Politik-Online*.
- Weller, Ines** (2004): Nachhaltigkeit und Gender. München: Ökom Verlag.
- Wichterich, Christa** (1995): Die Rückkehr der weisen Frau. In: Schultz, Irmgard; Weller, Ines (Hrsg.) (1995): *Gender & Environment*. Frankfurt a. M.: IKO.
- Wichterich, Christa** (2004a): Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung. Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung. In: *Wuppertal Paper* 141.
- Wichterich, Christa** (2004b): Wo laufen sie hin? Internationale Frauenbewegungen auf der Suche. In: *Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung* 3: S. 3.
- Zdunek, Gabriele** (2001): Der feministische Diskurs zum Konzept nachhaltiger Entwicklung. Ein Überblick über verschiedene Perspektiven. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.) (2001): *Gute Gesellschaft? : Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Opladen: Leske und Budrich.

6 Internetverzeichnis

Die folgende Zusammenstellung von Internetseiten umfasst eine Reihe von Frauen- und Umweltorganisationen, die sich mit Gender, Umwelt und Klima beschäftigen:

- **CLIMATE FOR CHANGE** ist ein europäisches Gender- und Klimaprojekt, welches die Partizipation von Frauen bei klimapolitischen Entscheidungsprozessen fördert. Es wird koordiniert vom Klimabündnis und erhält Unterstützung von der Europäischen Kommission und dem bundesdeutschen Frauen- und Familienministerium: www.climateforchange.net
- **DAWN** „Projekt Development Alternatives with Women for a new era“ ist ein Empowerment-Konzept von Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen des Südens, welches 1984 im Vorfeld der 4. Weltfrauenkonferenz in Nairobi gegründet wurde, www.dawn.org.fj
- **ENERGIA**, das internationale Netzwerk für Gender und nachhaltige Energie, beschäftigt sich mit Genderfragen im Zusammenhang mit nachhaltiger Energiepolitik: www.energia.org
- **Frauen-Netzwerke zu Nachhaltigkeit und Umwelt:** www.life-online.de und www.frauenumweltnetz.de
- **GENANET**, Leitstelle für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit: www.genanet.de
- **GENDER AND CLIMATE CHANGE NETWORK** wurde auf der neunten Klimakonferenz (COP, Conference of the Parties) im Rahmen eines Workshops von LIFE e.V. und Energia gegründet www.gencc.interconnection.org
- **ISOE (Institut für sozial-ökologische Forschung):** Forschungsschwerpunkt Gender & Environment: www.isoe.de/forschung/foaktuellf.htm und Gender Impact Assessment (GAIA) im Bereich Strahlenschutz und Umwelt www.isoe.de/projekte/bmugia.htm
- **WEDO** – Women’s Environment and Development Organization, setzt sich weltweit für Frauenrechte, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ein. Dabei geht es vor allem um das Empowerment von Frauen in staatlichen und außerstaatlichen Institutionen. Gegründet wurde die Organisation in der Vorbereitungsphase des UNCED in Rio: www.wedo.org/
- **WEN – Women’s Environmental Network**, Großbritannien: www.wen.org.uk
- **WOMEN IN EUROPE FOR A COMMON FUTURE (WECF)** ist ein Netzwerk, das zu Nachhaltiger Entwicklung, Gesundheit, Umwelt und Armutsreduzierung arbeitet: www.wecf.org

Die Autorin

Melanie Weber, *1973, ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und arbeitet am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte: Wahrnehmung des Klimawandels, individuelle Bewusstseinsbildung und Klimaschutzverhalten sowie Gender und Klimawandel.

Bisher in dieser Reihe erschienen:

01/2004

Achim Brunnengräber, Kristina Dietz, Bernd Hirschl und Heike Walk

Interdisziplinarität in der Governance-Forschung

01/2005

Melanie Weber

Gender, Klimawandel und Klimapolitik

02/2005

Achim Brunnengräber

**Warming up in Queensland? Climate change and policy responses
on a multi-level playing field** (im Erscheinen)

www.globalgovernance.de

Freie Universität Berlin | Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) | Technische Universität Berlin